

Generaldebatte zum Bundeshaushalt

Dreiklang aus Sparen, Investieren und Entlasten konsequent fortsetzen

Mit dem Bundesetat 2009 rückt das erklärte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2011 in greifbare Nähe. Bayern hat dieses Ziel bereits seit Jahren erreicht. Es ist das erste und einzige Land, das auch kontinuierlich Schulden zurückzahlt. Der Bund will sich hieran ein Beispiel nehmen.

Weniger Schulden, weniger Arbeitslose, mehr Lehrstellen, mehr Investitionen in Forschung und Zukunftstechnologien. Diese Erfolge der unionsgeführten Regierungskoalition sind nicht vom Himmel gefallen. Sie erforderten Ehrgeiz und Standfestigkeit.

Der Sanierungskurs war nicht immer leicht zu vermitteln. Manch unpopuläre Maßnahme war unvermeidlich. Sparen ist aber kein Selbstzweck.

Die konsequente Konsolidierung hat wesentlich dazu beigetragen, dass nunmehr reelle Chancen auf weitere spürbare Entlastungen bestehen.

Die CSU ist Antreiber in Sachen Entlastungspolitik. 10 Mrd. Euro sollen zurückfließen – vor allem an Familien, Arbeitnehmer und Mittelständler.

Familien stehen im Mittelpunkt

Elterngeld und Kinderzuschlag belegen dies. Festes Ziel ist jetzt eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro und die Erhöhung des Kinderfreibetrages um 200 Euro. Beide Maßnahmen zusammen bringen den Familien 2,3 Mrd. Euro.

Die SPD darf sich diesen Entlastungen nicht verschließen. Beitragsfreiheit für Kindergärten und Kitas bis 2013 – die Einlösung dieser Forderung darf nicht gegen Kindergelderhöhungen ausgespielt werden.

Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf Entlastung. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat im Jahr 2007 mit einem Überschuss von 6,6 Mrd. Euro abgeschlossen. Die BA-Rücklage verzeichnete 17,8 Mrd. Euro. Dieses Geld soll den Beitragszahlern so weit wie möglich zurückgegeben werden. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll deshalb nicht nur um 0,3% sinken. Eine Senkung von derzeit 3,3% auf 2,8% ist machbar. Damit können Arbeitnehmer und Arbeitgeber um weitere 4 Mrd. Euro entlastet werden.

Lohnnebenkosten dauerhaft begrenzen

Und die Beitragssenkung ist notwendig. Denn CDU und CSU wollen ihre Zusage weiter einhalten, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu senken.

Die verbesserte Abzugsfähigkeit der Beiträge zur privaten und gesetzlichen Krankenversicherung wird ein weiterer Entlastungsbaukasten sein.

Ein wichtiges Thema sind die hohen Energiekosten - gerade auch im Gebäudebereich. Energetische Modernisierung von Altbauten und energiesparende Neubauten sollen besonders steuerlich gefördert werden.

Und nicht zuletzt soll der Mietwohnungsbau durch eine Verdoppelung des Abschreibungssatzes von 2 auf 4 Prozent in den ersten acht Jahren angekurbelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

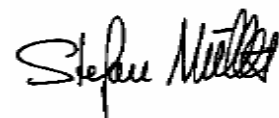
Bilanz über das bisher Geleistete und Ausblick auf die bevorstehenden Aufgaben – in beiden Punkten haben CSU und CDU einiges vorzuweisen: Einen Bundeshaushalt 2009 mit der geringsten Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung, einen Beschäftigungszuwachs auf Rekordhöhe und ein positives konjunkturelles Umfeld - trotz weltweiter Banken- und Finanzkrise. Der Dreiklang aus Sanieren, Investieren und Reformieren zahlt sich aus.



Um den Steuer- und Beitragszahlern eine deutliche Entlastungsperspektive aufzuzeigen, haben wir uns in der gemeinsamen Bundestagsfraktion auf ein 10-Milliarden-Euro-Entlastungspaket verständigt. Nutznießer werden vor allem die Familien mit Kindern und die Arbeitnehmer sein, die mit ihrem Einsatz den anhaltenden Aufschwung ganz wesentlich ermöglicht haben. Allein im ersten Halbjahr haben die gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern um knapp 6% zugenommen – also um stolze 14 Mrd. Euro. Dies zeigt, dass unsere Forderung nach Rückkehr zur alten Pendlerpauschale und ein Einstieg in eine mittelfristig angelegte Steuersenkung durchaus machbar sind. Wir werden hier energisch am Ball bleiben.

Bei den ins Auge gefassten Projekten wie Kindergelderhöhung und Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung muss die SPD nun tatkräftig mitziehen. Spätestens seit dem Aufstand gegen Kurt Beck und seinem unrühmlichen Abgang ist für jedermann sichtbar geworden: Die SPD ist in erheblichem Maße gespalten. Die Zusammenarbeit mit einem tiefverunsicherten Koalitionspartner wird nicht einfacher. Aber wir sind entschlossen, sie energisch zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Müller MdB

Gesundheit

Alkoholprävention: Aufklären statt Verbieten

Die publikumswirksam aufbereiteten „Empfehlungen“ des „Nationalen Drogen- und Suchtrates“ an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing (SPD) zur Alkoholprävention haben gerade auch in Bayern ein lebhaftes und zu Recht kritisches Echo ausgelöst. Dem Forderungskatalog nach Werbebeschränkungen, Sponsoring-Verboten und Steuererhöhungen erteilt die CSU-Landesgruppe eine entschiedene Absage. ‚Aufklären statt Verbieten‘ muss die Leitlinie erfolgreicher Präventionsarbeit sein.

Missbräuchlicher Alkoholkonsum mit all seinen gesundheitlichen und sozialen Folgen für die Betroffenen stellt ein gravierendes Problem dar. Um dem mitunter exzessiven Konsum von Alkohol wirksam begegnen zu können, ist ein breites Bewusstsein in der Bevölkerung für einen verantwortlichen Umgang mit alkoholischen Getränken entscheidend. Bei allen aktuellen Diskussionen um einen breiten Maßnahmen-Mix gegen den Alkoholmissbrauch darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden: Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung pflegt einen verantwortlichen Alkoholkonsum. Maßvoller Alkoholgenuss ist ein uraltes Kulturgut. Ihn grundsätzlich anzuprangern, ist unangebracht.

Wenn trotz dieser Entwicklung vermehrt Berichte über exzessiven Alkoholkonsum etwa in Form des Rauschtrinkens unter Jugendlichen die öffentliche Debatte bestimmen, so offenbart dies zweifellos Handlungsbedarf. Ein Bild von einer immer stärker dem Alkohol verfallenden Jugend zu zeichnen, wäre aber grundfalsch.

Notwendig sind verstärkte Präventionsstrategien von Politik und Gesellschaft. Im Jugendbereich sind vor allem zielgruppenspezifische Aufklärungs- und Informationskampagnen erfolversprechend, die sowohl die Lebenswelten der Jugendlichen selbst (Schule, Freizeiteinrichtungen, Vereine) erreichen, als auch auf die Erziehungskompetenz der Elternhäuser abzielen.

Forderungen nach gesetzlichen Restriktionen wie etwa weiteren Werbebeschränkungen oder Sponsoring-Verboten z.B. für Brauereien

tangieren wesentliche ökonomische Grundfreiheiten, ohne dass mit diesen „Empfehlungen“ dem Problem des missbräuchlichen Umgangs mit Alkohol wirksam begegnet werden könnte.

Der bestehende Mix aus gesetzlichen Beschränkungen und freiwilliger Selbstverpflichtung ist ausreichend. Er muss flankiert werden durch eine konsequente Anwendung der geltenden Schutzbestimmungen – gerade im Hinblick auf Kinder und Jugendliche.

Maß halten: Dies gilt für den Alkoholgenuss wie für den Kampf gegen den Alkoholmissbrauch. Generalisierende und unverhältnismäßige Einschränkungen und Verbote helfen in der Sache nicht weiter. Eine Stigmatisierung des verantwortungsbewussten und kulturell tief in unserer Gesellschaft verankerten maßvollen Alkoholgenusses lehnt die CSU-Landesgruppe entschieden ab.

Diese Woche

Generaldebatte zum Bundeshaushalt
Dreiklang aus Sparen, investieren und entlasten konsequent fortsetzen S. 1

Gesundheit
Alkoholprävention: Aufklären statt verbieten S. 2

DIW-Studie
Aufschwung kommt bei den Menschen an S. 2

Großer Bahnhof für Dr. Wolfgang Bötsch
CSU-Landesgruppe ehrt ihren langjährigen Vorsitzenden S. 3

Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag
Erwin Huber: Entlastungsoffensive starten S. 4/5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

DIW-Studie

Aufschwung kommt bei den Menschen an

Die Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigen die Trendumkehr: Das Wachstum hat zu mehr Beschäftigung und damit zu weniger Einkommensungleichheit und Armut geführt. Die vor allem von der Linkspartei beschworene „Massenverarmung“ breiter Bevölkerungsschichten stimmt mit der Wirklichkeit kaum überein. Der Aufschwung kommt bei den Menschen an. Dies gilt ganz besonders für Ostdeutschland.

Soziale Marktwirtschaft ermöglicht Teilhabe, Gerechtigkeit und Wohlstand. Der Ruf nach flächendeckenden, staatlichen Mindest- und Höchstlöhnen, nach Enteignung und höheren Staatseinnahmen ist ein Irrweg. Zuletzt haben Marx und Lenin diese Klassenkampfrhetorik betrieben. Das Ergebnis ist bekannt. Das Gegenteil ist richtig: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft stärken. Notwendig dafür sind ein Schub von Investitionen und Innovationen sowie eine Offensive für Aus- und

Weiterbildung. Die Lohnzusatzkosten müssen dauerhaft auf unter 40 Prozent stabilisiert und die guten Ansätze der Reformen des Arbeitsmarktes fortgeführt werden. Bundesarbeitsminister Scholz bleibt aufgefordert, endlich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente auszumisten. Und: Es muss dafür Sorge getragen werden, dass der Mittelstand als Beschäftigungsmotor bei der künftigen Ausgestaltung der Erbschaftsteuer nicht der Enteignungsideologie der Linken zum Opfer fällt.

Großer Bahnhof für Dr. Wolfgang Bötsch

CSU-Landesgruppe ehrt ihren langjährigen Vorsitzenden

Die Gestaltung der Deutschen Einheit sowie die Liberalisierung der Deutschen Post – beide historischen Prozesse bleiben untrennbar mit der politischen Lebensleistung von Dr. Wolfgang Bötsch verbunden. Der 70. Geburtstag ihres langjährigen Vorsitzenden bot der CSU-Landesgruppe am Dienstag in der bayerischen Landesvertretung in Berlin Anlass genug, diese Lebensleistung im Kreis politischer Freunde und Weggefährten gebührend zu würdigen.

Ob der Vorgänger im Amt des Bundespostministers, Christian Schwarz-Schilling, Ex-ZDF-Intendant Dieter Stolte, die Bundesminister Dr. Franz Jung und Dr. Wolfgang Schäuble, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, namhafte Vertreter der Post- und Telekommunikationswirtschaft – sie alle gaben sich ein Stelldichein. Die Namen Dr. Theo Waigel und Alois Glück sollen nur stellvertretend stehen für die lange Reihe derjenigen, die es sich als enge CSU-Weggefährten nicht nehmen ließen, dem sichtlich jung gebliebenen Jubilar ihre Referenz zu erweisen.

Dr. Peter Ramsauer, der „Nach-Nachfolger“ im Amt des CSU-Landesgruppenvorsitzenden begrüßte die Gäste und würdigte Dr. Bötsch als herausragenden Parlamentarier und Führungspersönlichkeit. Dr. Bötsch habe es auch außerordentlich verstanden, mit der notwendigen Autorität, aber stets in humorig-freundlicher Weise die Reihen der CSU-Bundestagsabgeordneten stets geschlossen zu halten.

In seiner Laudatio rief Bundeswirtschaftsminister Michael Glos in bekannt lebendiger Weise die wichtigsten politischen Lebensstationen des Landtags- und Bundestagsabge-

ordneten, CSU-Landesgruppenchefs und schließlich letzten Bundespostministers Dr. Wolfgang Bötsch in Erinnerung. Mit Blick auf die erfolgreiche Privatisierung des größten deutschen Unternehmens betonte Glos, dass



v.l.n.r.: Dr. Peter Ramsauer, Dr. Wolfgang Bötsch, Heidi Bötsch-Opas, Michael Glos, Marija Vidovic (Sopranistin), Ingo Dannhorn (Klavier)

eines dem Jubilar sicher keiner nachmachen könne: Sich nämlich mit Elan, Begeisterung und aus innerster Überzeugung auf die Aufgabe zu stürzen, sich selbst und seine Aufgabe überflüssig zu machen.

In seiner Entgegnung dankte Dr. Wolfgang Bötsch den Gästen. Anekdotenreich ließ auch er einige Stationen seines parlamentarisch-politischen Wirkens Revue passieren. Vor allem die Möglichkeit, als CSU-

Landesgruppenchef und späterer Bundesminister an der Gestaltung der Deutschen Einheit intensiv mitwirken zu können, habe er bei aller Arbeit als großes Geschenk empfunden. Sein Dank für Freundschaft, Kollegialität und Unterstützung galt vielen. Vor allem aber Dr. Theo Waigel, dem er von Jugendjahren an politisch und persönlich eng verbunden ist. Der CSU-Landesgruppe, seiner politischen Heimat, wünschte Dr. Bötsch weiterhin Erfolg und das Maß an Zusammenhalt, das er selbst vorgefunden und stets als Aufgabe vor sich gesehen habe.

Umrahmt wurde der Abend von klassischem Liedgut. Mozart, Schubert, Rossini – sie alle komponierten unvergessliche Melodien rund um das Thema Post. Dargeboten wurden sie von der Sopranistin Marija Vidovic und dem aus dem Chiemgau stammenden jungen Spitzenpianisten Ingo Dannhorn. Als Geschenk überreichte die CSU-Landesgruppe ihrem ehemaligen „Chef“ ein Schmuckexemplar des in diesem Jahr letztmalig erscheinenden Kursbuches der Deutschen Bahn AG. Als begeisterter Bahnfahrer dürfte Dr. Bötsch einer der wenigen sein, die diese Art „Literatur“ überhaupt zu lesen wissen.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Eingliederungszuschüsse erhöhen die Beschäftigungschancen spürbar

Der aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit gezahlte Zuschuss zum Arbeitsentgelt für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ein gefördertes Beschäftigungsverhältnis aufgenommen haben, ist ein wirksames Mittel zur Steigerung der Beschäftigungschancen. 20 Monate nach Beginn der Förderung waren knapp 70 Prozent der geförderten ALG-II-Empfänger in regulärer Beschäftigung. In einer Vergleichsgruppe ähnlicher, aber ungeförderter arbeitsloser Hilfebedürftiger traf dies für weniger als 30 Prozent zu. Die geschätzte Förderwirkung beträgt damit rund 40 Prozent. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Immunsystem des deutschen Finanzmarktes stärken

Die Finanzmarktkrise hat ihren Ursprung in der amerikanischen Hypothekenkrise. Diese Ursache ist auf Deutschland nicht übertragbar. Es gibt keinen Anlass, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu zweifeln. Sein Immunsystem gegenüber Krisen kann jedoch gestärkt werden. Änderungen der Bilanzierungsvorschriften können sicherstellen, dass alle Risiken eines Finanzinstituts auch tatsächlich in der Bilanz auftauchen und somit der Finanzmarktaufsicht unterliegen. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften in der Rechtsform von Stiftungen und Ähnlichem darf es nicht mehr geben. Auch muss die Rolle der Ratingagenturen höchst kritisch bewertet werden. Vertrauen in die Finanzmärkte kann nur durch eine erhöhte Transparenz erreicht werden. Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit sind das Gebot der Stunde.

Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

Erwin Huber: Entlastungsoffensive starten

Von der Bundesratsbank aus ergriff der CSU-Vorsitzende Erwin Huber in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2009 das Wort. In seinem Debattenbeitrag unterstrich er die Forderung, die Sanierungs- und Reformanstrengungen konsequent weiter zu verfolgen und zugleich die daraus erwachsende Chance für eine umfassende Entlastungsoffensive zugunsten der Bürger zu ergreifen.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Manuskript:

„Redner aus vier Fraktionen nehmen offenbar schon meine bloße Anwesenheit zum Anlass, in Wallung zu geraten. Und ich stelle fest: Solange das so ist, brauche ich mir um die Bedeutung der CSU keine Sorgen zu machen.“

Herr Abgeordneter Westerwelle, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass ich hier das mir nach der Verfassung zustehende Rederecht ausübe. Im Übrigen: Wenn die FDP am nächsten Samstag in München zusammen mit Linken und mit der DKP gegen die Sicherheitspolitik in Bayern demonstriert, dann sollten Sie sich um Ihre eigene Partei Sorgen machen. Eigentlich gehören Sie nicht in die Nachbarschaft von Linken und DKP.

Deutschland steht im Sommer 2008 deutlich besser da als im Sommer 2005. Wir haben wieder Wirtschaftswachstum. Wir haben fast 2 Millionen Arbeitsplätze mehr. Wir haben viele Arbeitsplätze und Lehrstellen für Jugendliche. Wir haben gut funktionierende Sicherungssysteme in den Bereichen Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit. Das heißt, Deutschland ist in diesen drei Jahren deutlich nach vorn gekommen.

Das ist nicht einheitlich in allen Ländern Deutschlands so. Ich kann für das Land reden, das die geringste Arbeitslosigkeit hat, das die geringste Jugendarbeitslosigkeit und damit die besten Chancen für die junge Generation hat.

Linke Politik versagt

Hier in der Hauptstadt Berlin hat Rot-Rot das Sagen. Berlin ist die Hauptstadt von Hartz IV. Berlin ist die Hauptstadt von Kinderarmut. Große Sprüche machen, aber in der Praxis versagen, das ist linke Politik.

Die Linke verwendet, was Armut angeht, immer die Zahlen aus dem Armutsbericht, die Zahlen von 2004 und 2005. In diesen Jahren waren CSU und CDU nicht in der Regierungsverantwortung. Für die rot-grüne Armut in Deutschland lassen wir uns nicht verantwortlich machen.

Heute sind eine Million Menschen weniger von Armut bedroht als vor drei Jahren. Das ist auch ein gutes Ergebnis dieser Koalition und der Regierung Merkel.

Es ist richtig, dass dieser Bundeshaushalt unter dem Motto der Konsolidierung steht. Natürlich wäre es volkswirtschaftlich völlig falsch, die Konsolidierung innerhalb eines Jahres herbeizuführen, denn das würde dem wirtschaftlichen Kreislauf viel zu viel Geld entziehen. Man muss hier einen längeren, verlässlichen und stetigen Weg gehen.

Diese Regierung hat 2005 eine hohe Erblast mit einem strukturellen Defizit im Bundeshaushalt von 60 Milliarden Euro übernommen. Jetzt sind es noch 10 Milliarden Euro. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Damit besteht die Chance, nach 40 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt und möglicherweise auch Überschüsse zu erreichen. Das führt mich dazu, daran zu erinnern, dass vor 40 Jahren Franz Josef Strauß Bundesfinanzminister war. Er hat im Jahr 1969 einen Haushalt mit Überschuss übergeben. Dann begann der Marsch in den Schuldenstaat. Deutschland hatte 20 Jahre lang eine solide Finanzpolitik. Der Dammbbruch bei den Schulden begann seinerzeit in der sozialliberalen Koalition.

Wir haben 1998 in Bayern als erstes Land angekündigt, dass wir ausgeglichene Haushalte wollen. Wir haben das im Jahr 2006 erreicht.

Mein bayerischer Vorgänger im Amt des Finanzministers Kurt Fallthäuser und Bundesfinanzminister Eichel haben zur gleichen Zeit angekündigt, dass 2006 die Marke für einen ausgeglichenen Haushalt sein soll. Herr Eichel hat einen Haushalt mit dem größten Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik übergeben. Bayern hat 2006 den ausgeglichenen Haushalt erreicht.

Bayern führend beim Schuldenabbau

Wir haben in den Jahren 2007 und 2008 500 Millionen Euro an Schulden zurückgezahlt. Ich werde dem Bayerischen Landtag in diesem Jahr einen Haushaltsentwurf 2009/2010 mit einer Neuverschuldung von ebenfalls Null und 200 Millionen Euro Schuldentilgung pro Jahr vorlegen. Wir werden dann fünf Jahre lang einen ausgeglichenen, schuldenfreien Haushalt haben. Das ist in ganz Deutschland vorbildlich.

Frau Bundeskanzlerin, deshalb stimmt, was Sie auf dem Parteitag der CSU in Nürnberg gesagt haben: Der Bund soll dorthin kommen, wo Bayern heute schon ist.

Das Kunststück besteht nicht darin, einfach nur zu sparen und zu kürzen. Das Kunststück besteht darin, zugleich zu investieren und für die Zukunft vorzusorgen. Wir haben gesagt: Wir konsolidieren, wir reformieren und wir investieren.

Wir werden allein in diesem Jahr in Bayern die Investitionen gegenüber dem Vorjahr um fast eine Milliarde Euro erhöhen. Wir werden diesen Weg fortsetzen. Deshalb ist es auch Aufgabe des Bundes, für das Wohl der Menschen

in ganz Deutschland, aber auch für das Wohl und die Entwicklung der Menschen in allen Ländern, neben der Konsolidierung auch Innovationen zu betreiben.

Ich begrüße es sehr, dass die Forschungsausgaben in diesem Bundeshaushalt ausgebaut werden und man zugleich die Entlastung der Bürger betreibt. Dieser Dreiklang „Konsolidierung – Innovation – Entlastung“ ist richtig für die Zukunft des Landes; denn nur so sind wir den Risiken der Globalisierung gewachsen. Es reicht nicht aus, zu sagen, Globalisierung ist unsere Chance und unser Schicksal. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass Leute, die die Gefahren und Risiken der Globalisierung besonders zu tragen haben, von uns unterstützt und gefördert werden.

Deshalb ist es richtig, dass Bundeswirtschaftsminister Michael Glos eine Politik betreibt, die vor diesem Hintergrund darauf abzielt, den Mittelstand zu entlasten und Bürokratie abzubauen. Damit wird die Position von kleinen und mittleren Unternehmen im Wettbewerb gefestigt.

Unternehmensteuerreform war wichtiger Schritt

Es war richtig, dass die Koalition zum 1. Januar 2008 die Unternehmensteuerreform in Kraft gesetzt hat. Herr Westerwelle, es entspricht nicht der ganzen Wahrheit, wenn Sie die dazu notwendige Gegenfinanzierung hier einfach nur als Steuererhöhung abtun. Es wäre ohne Gegenfinanzierung nämlich nie möglich gewesen, den durchschnittlichen Körperschaftsteuersatz auf unter 30 Prozent zu senken. Sie lassen sich gerne für Steuer-senkungen loben, verschweigen dabei aber, dass diese Maßnahmen auch bestimmte Gegenfinanzierungen erforderten. Der Weg, den wir gegangen sind, war richtig, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen.

Ich begrüße es sehr, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem in München geschnürten Entlastungspaket einen Weg eingeschlagen wurde, der diese Politik auch in Zukunft fortsetzt. Zum 1. Januar 2009 werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent reduziert. Dies entlastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Damit werden die Beitragszahler, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, im Vergleich zum früheren Satz von 6,5 Prozent um 25 Milliarden Euro im Jahr entlastet. Das ist die richtige Politik, meine Damen und Herren.

Ich begrüße es auch, dass wir zum 1. Januar 2009 das Kindergeld erhöhen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben den Betrag von 10 Euro genannt. Das ist wichtig und war notwendig, da es lange Zeit nicht erhöht wurde.

Wir werden mit den Verbesserungen im Bereich des Wohngeldes die Bezieher von niedrigen Einkommen von den höheren Ausgaben aufgrund der steigenden Energiepreise zumindest teilweise entlasten. Das ist richtig. Wir können selbstverständlich nicht den Preisbildungsprozess beeinflussen. Hier ist der Staat im Grunde ohnmächtig.

Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass das Energieangebot nicht reduziert wird. Wer in einer Zeit von zurückgehenden Ressourcen und steigenden Preisen am Ausstieg aus der Kernenergie festhält, der verknappt das

Angebot, treibt die Energiepreise in die Höhe und macht uns abhängig. Das ist falsch. Dieser Beschluss muss korrigiert werden, meine Damen und Herren.

Wenn wir die Bezieher niedriger Einkommen entlasten wollen, sollten wir die Pendler entlasten. Es sind nicht ein Siebtel der Arbeitnehmer, sondern rund ein Drittel, nämlich 11 Millionen, die von der Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale profitieren würden.

Ich mache mich in Bezug auf das, was wir 2006 beschlossen haben, gar nicht aus dem Staub. Das war notwendig, weil sonst eine Konsolidierung der Bundesfinanzen nicht möglich gewesen wäre. Da es aber heute eine verbesserte Situation gibt und da die Spritkosten stark gestiegen sind, sind wir der Meinung, dass die existenzsichernde Fahrt zum Arbeitsplatz steuermindernd geltend gemacht werden muss.

Steuerliche Entlastungen jetzt in Angriff nehmen

Ich habe für die CSU ein Steuerentlastungskonzept über 28 Milliarden Euro vorgelegt. Die SPD-Linke will dagegen die Erbschaftsteuer verdreifachen und die Vermögensteuer neu einführen. Und die Linke liegt mit Steuerbelastungen von 100 Milliarden Euro und mehr sowieso jenseits aller wirtschaftlichen Vernunft. Jeder weiß, dass dies den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes herbeiführen würde.

Wir haben gesagt, das Konzept ist notwendig für einen mittelfristigen Pfad. Das Konzept ist nicht eine Entlastung für ein Jahr, sondern für 2009, 2010 und 2012. Denn wir wollen, dass die heimlichen Steuererhöhungen über die kalte Progression eingegrenzt werden. Es kann nicht sein, dass die Mittelschicht immer mehr belastet wird, weil sich inflationsbedingt beispielsweise ihr Bruttoeinkommen erhöht und damit der Grenzsteuersatz immer mehr steigt.

Wir müssen gerade in einer Situation, in der die konjunkturelle Lage schwieriger wird, die arbeitenden Menschen, die Leistungsträger, den Mittelstand, die Handwerker, die Arbeitnehmer, mittelfristig entlasten, damit von ihnen ein positiver Beitrag für die Konjunktur ausgeht.

Das ist – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen – ein wichtiger Beitrag auch im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer. Wer jetzt eine so gewaltige Erhöhung der Erbschaftsteuer politisch in den Raum stellt wie die SPD, der verschreckt den Mittelstand.

Ich trage noch zwei Gedanken vor: Erstens. Wir müssen dafür sorgen, dass im Mittelstand, der sein Leben lang arbeitet, spart und investiert, kein einziger Betrieb und kein einziger Arbeitsplatz durch die Erbschaftsteuer gefährdet werden.

Zweitens begrüße ich, Frau Bundeskanzlerin, die Bildungsrepublik Deutschland. Wir werden aus Bayern unseren Beitrag dazu leisten, dass jedes Kind eine gute Chance hat. Die Qualifikation der Menschen ist das Beste für die wirtschaftliche Zukunft. Deshalb gehen wir mit Mut und Kraft entschlossen in die Zukunft.“